



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 27. Februar 2012 (29.02)
(OR. en)**

6966/12

**Interinstitutionelles Dossier:
2008/0198 (COD)**

**AGRI 114
ENV 156
FORETS 20
CODEC 496
DEVTEN 49
RELEX 177
JUR 108
UD 53
WTO 70
PROBA 9
DELECT 12**

VORSCHLAG

der	Europäischen Kommission
vom	27. Februar 2012
Nr. Komm.dok.:	C(2012) 1145 final
Betr.:	Delegierte Verordnung (EU) Nr. .../.. der Kommission vom 23.2.2012 zu den Verfahrensvorschriften für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung von Überwachungsorganisationen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen

Die Delegationen erhalten in der Anlage den mit Schreiben an den Generalsekretär des Rates der Europäischen Union, Herrn Uwe CORSEPIUS, übermittelten Vorschlag der Europäischen Kommission.

Anl.: C(2012) 1145 final



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 23.2.2012
C(2012) 1145 final

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) Nr. .../.. DER KOMMISSION

vom 23.2.2012

zu den Verfahrensvorschriften für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung von Überwachungsorganisationen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen

(Text von Bedeutung für den EWR)

BEGRÜNDUNG

1. KONTEXT DES DELEGIERTEN RECHTSAKTS

- Gründe und Ziele des Vorschlags

Die Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen (EU-Holzverordnung), sieht vor, dass die Kommission delegierte Rechtsakte zur Ergänzung der Verfahrensvorschriften für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung von Überwachungsorganisationen erlassen kann.

Wesentliches Ziel dieser delegierten Verordnung ist die Durchführung der EU-Holzverordnung durch Ergänzung der Verfahrensvorschriften für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung von Überwachungsorganisationen.

- Allgemeiner Kontext

Die EU-Holzverordnung ist am 2. Dezember 2010 in Kraft getreten. Mit ihr soll der EU-Markt für Holz und Holzzeugnisse aus illegalem Einschlag durch ein entsprechendes Verbot und ein Regelwerk für das Inverkehrbringen von Holz und Holzzeugnissen geschlossen werden. Die Verordnung bietet ein umfassendes Lösungskonzept für die Problematik des illegalen Holzeinschlags und des damit verbundenen Handels. Damit ergänzt und stärkt sie den bestehenden Rechtsrahmen.

Die Anwendung der EU-Holzverordnung wurde bis zum 3. März 2013 verschoben. Zwischenzeitlich muss die Kommission Rechtsakte ohne Gesetzescharakter zu ihrer Durchführung erlassen.

Die EU-Holzverordnung sieht vor, dass Rechtsträger mit der Bezeichnung „Überwachungsorganisation“ eine Sorgfaltspflichtregelung ausarbeiten und Marktteilnehmern, die erstmalig Holz und Holzzeugnisse auf dem Binnenmarkt in Verkehr bringen, das Recht zur Anwendung dieser Regelung erteilen können. Damit soll es ihnen erleichtert werden, die Anforderungen der EU-Holzverordnung zu erfüllen. Die EU-Holzverordnung legt die allgemeinen Anforderungen fest, die ein Rechtsträger erfüllen muss, um als Überwachungsorganisation anerkannt zu werden. Außerdem enthält die Verordnung grundlegende Verfahrensvorschriften für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung von Überwachungsorganisationen durch die Kommission.

- Bestehende Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet

Welche Politik die Europäische Union in Bezug auf den illegalen Holzeinschlag und den damit verbundenen Handel verfolgt, wurde im 2003 angenommenen Aktionsplan Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT) dargelegt. Dieser Aktionsplan beschreibt ein Maßnahmenbündel, dessen erstes zentrales Element die freiwilligen Partnerschaftsabkommen (FLEGT-VPA) waren.

Die vom Rat 2005 erlassene FLEGT-Verordnung¹ und die von der Kommission 2008 erlassene Durchführungsverordnung² bilden den Rechtsrahmen für die Durchführung der FLEGT-VPA.

- Kohärenz mit anderen Politikbereichen und Zielen der Union

Die Zielsetzung des Vorschlags entspricht den strategischen Zielen der Kommission und den Grundsätzen einer besseren Rechtsetzung. Durch die Vorgabe einheitlicher, gerechter und transparenter Regeln und Modalitäten gewährleistet der Vorschlag nämlich ein hohes Maß an Rechtssicherheit in der gesamten EU und fairen Wettbewerb in dieser Branche. Außerdem ermöglicht er Marktteilnehmern eine größere Dynamik ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand und hilft damit, die Union in den Augen ihrer Bürger glaubwürdiger zu machen.

Der Vorschlag entspricht auch den übergeordneten forstpolitischen Zielen der Union, nämlich legale und nachhaltige Waldbewirtschaftung sowie Minderung entwaldungsbedingter Treibhausgasemissionen durch Bekämpfung ihrer Ursachen, darunter illegaler Holzeinschlag und Schäden in Tropenwäldern.

2. ANHÖRUNGEN VOR DER ANNAHME DES RECHTSAKTS

- Einholung und Nutzung von Expertenwissen

Im Dezember 2010 gab die Kommission eine unterstützende externe Studie in Auftrag, um die in der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 vorgesehenen Rechtsakte ohne Gesetzescharakter zu erarbeiten. Mit dieser Studie sollten vorhandene einschlägige und bewährte Verfahrensweisen für die in den Sekundärvorschriften zu regelnden Aspekte eingehend analysiert und Vorschläge erarbeitet werden, wie sich die Anforderungen der EU-Holzverordnung besonders effizient erfüllen lassen.

Um die Ziele dieses Projekts zu erreichen, führte der Auftragnehmer verschiedene Aufgaben durch. Für den vorgeschlagenen Entwurf der delegierten Verordnung war insbesondere zu klären, wie Antragsteller, die als Überwachungsorganisation anerkannt werden wollen, nachweisen können, dass sie die Anforderungen der EU-Holzverordnung erfüllen, damit die Kommission sie als solche anerkennen kann.

Der Abschlussbericht stellte fest, dass der Ansatz der EU-Holzverordnung insofern einzigartig sei, als er die Verantwortung für die Anerkennung von Überwachungsorganisationen und ihre spätere Kontrolle auf verschiedene Behörden aufteilt: die Kommission und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten. Der Bericht empfahl, a) die Anerkennungsanforderungen und b) das Anerkennungsverfahren in der delegierten Verordnung klar zu definieren, um einen koordinierten und harmonisierten Ansatz zu gewährleisten.

In Bezug auf die Anerkennungsanforderungen kam der Abschlussbericht der Studie zu dem Ergebnis, die ersten beiden Anforderungen der Grundverordnung, dass nämlich der Antragsteller in der Union rechtmäßig niedergelassen ist und nachweisen muss, dass er das erforderliche Fachwissen besitzt und in der Lage ist, die erforderlichen Aufgaben zu erfüllen, seien hinlänglich klar. In Bezug auf die dritte Anforderung, nämlich das Nichtvorliegen von

¹ ABl. L 347 vom 30.12.2005, S. 1.

² ABl. L 227 vom 18.10.2008, S. 23.

Interessenkonflikten bei der Durchführung seiner Aufgaben, empfahl der Bericht, sie in der delegierten Verordnung ausführlicher darzustellen.

Die EU-Holzverordnung enthält nur wenige Einzelheiten zum Anerkennungsverfahren. Der Bericht empfahl ein komplexes mehrstufiges Verfahren und schlug vor, die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten aktiv daran zu beteiligen.

Der Abschlussbericht der Studie ist auf der Webseite der Generaldirektion Umwelt veröffentlicht worden.

- Anhörung von interessierten Kreisen

Die Beteiligten wurden schon ganz am Anfang der Vorbereitungsstudie und dann noch in einer öffentlichen Anhörung über die Überwachungsorganisationen konsultiert, die am 21. März 2011 stattfand, und an der Vertreter von Mitgliedstaaten, nicht-staatlichen Organisationen, europäischen Fach- und Unternehmensverbänden, Zertifizierungsstellen und von Wirtschaftsbeteiligten teilnahmen.

Bei der öffentlichen Anhörung stellte die Kommission ein bereits sehr viel früher verbreitetes Arbeitspapier mit einem Abriss der Diskussionsthemen vor. Das Beratungsbüro präsentierte die Studie und den Entwurf des Abschlussberichts über die Überwachungsorganisationen.

Die Stellungnahmen der Beteiligten waren unterschiedlich. So forderten die nicht-staatlichen Organisationen strenge einheitliche Regelungen und ein transparentes Verfahren für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung mit Beteiligungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft. Die Fach- und Unternehmensverbände, die möglicherweise einen Antrag auf Anerkennung als Überwachungsorganisation stellen werden, bevorzugten flexiblere Regelungen mit geringerem Verwaltungsaufwand. Sachverständige aus den Mitgliedstaaten sprachen sich für einheitliche Regelungen und ein strikt zentralisiertes Verfahren aus. Sie verwarfen den Gedanken, die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten formal am Verfahren zu beteiligen, forderten aber deren Konsultation in allen Verfahrensphasen. Außerdem forderten sie, das im Studienbericht vorgeschlagene Verfahren müsse vereinfacht werden.

Die Ergebnisse der Konsultation der Beteiligten wurden im Bericht berücksichtigt.

Die Beteiligten wurden auch noch *ad hoc* durch Befragungen konsultiert. Dazu stellte die Kommission eine spezielle Mailbox zur Verfügung, an die interessierte Kreise ihre Meinungen und Fragen übermitteln konnten.

3. RECHTLICHE ASPEKTE DES DELEGIERTEN RECHTSAKTS

- Zusammenfassung der vorgeschlagenen Maßnahme

Der vorgeschlagene Rechtsakt legt die Anforderungen an die Anerkennung als Überwachungsorganisation sowie die Verfahrensvorschriften für die Anerkennung durch die Kommission und den Entzug der Anerkennung von Überwachungsorganisationen durch die Kommission fest.

- Rechtsgrundlagen

Der Entwurf der delegierten Verordnung dient der Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 und insbesondere des Artikels 8 Absatz 7. Der Basisrechtsakt stützt sich auf Artikel 192 Absatz 1 AEUV.

- Ziel des Rechtsakts

Ziel des vorgeschlagenen Rechtsakts ist die Ergänzung der Verfahrensvorschriften für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung von Überwachungsorganisationen.

- Wahl des Instruments

Vorgeschlagenes Instrument: delegierte Verordnung

Andere Instrumente wären aus folgendem Grund nicht angemessen: Der vorgeschlagene Rechtsakt ist eine delegierte Verordnung zur Ergänzung nicht wesentlicher Bestimmungen des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010. Das Ziel des Rechtsakts wird am wirkungsvollsten durch in der gesamten EU umfassend harmonisierte Anforderungen und Verfahren erreicht, darunter auch das rechtzeitige Inkrafttreten.

- Subsidiaritätsprinzip

Der Entwurf der delegierten Verordnung dient der Durchführung von Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010.

- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Entsprechend dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Maßnahme nicht über das zur Erreichung ihres Ziels erforderliche Maß hinaus.

4. AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT

Der Vorschlag hat keine Auswirkungen auf den EU-Haushalt.

5. ZUSÄTZLICHE ANGABEN

- Europäischer Wirtschaftsraum

Der vorgeschlagene Rechtsakt ist von Bedeutung für den Europäischen Wirtschaftsraum und sollte daher auf den EWR ausgedehnt werden.

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) Nr. .../. DER KOMMISSION

vom 23.2.2012

zu den Verfahrensvorschriften für die Anerkennung und den Entzug der Anerkennung von Überwachungsorganisationen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen³, insbesondere auf Artikel 8 Absatz 7,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EU) Nr. 995/2010 zielt insbesondere darauf ab, das Risiko, dass Holz und Holzzeugnisse aus illegalem Einschlag auf dem Binnenmarkt in Verkehr gebracht werden, weitestgehend zu begrenzen. Überwachungsorganisationen sollten Marktteilnehmern dabei helfen, die Anforderungen dieser Verordnung zu erfüllen. Dazu sollten sie eine Sorgfaltspflichtregelung ausarbeiten, den Marktteilnehmern das Recht zur Anwendung dieser Regelung erteilen und ihre ordnungsgemäße Anwendung überprüfen.
- (2) Über die Anerkennung einer Überwachungsorganisation sollte die Kommission in einem gerechten, transparenten und unabhängigen Verfahren entscheiden. Deshalb sollten Antragsteller bewertet werden, nachdem die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten konsultiert und ausreichende Informationen über die Antragsteller gesammelt worden sind. Zur Informationssammlung sollten bei Bedarf auch Besuche in den Räumlichkeiten eines Antragstellers gehören.
- (3) Es ist festzulegen, über welches Fachwissen und welche Kapazitäten eine Überwachungsorganisation verfügen muss, damit sie ermitteln kann, ob Holz den einschlägigen Rechtsvorschriften des Landes seines Einschlags entspricht, und Verfahren empfehlen kann, mit denen sich das Risiko des Inverkehrbringens von Holz und Holzzeugnissen aus illegalem Einschlag abschätzen lässt. Kann das ermittelte Risiko nicht vernachlässigt werden, muss die Überwachungsorganisation auch in der Lage sein, angemessene Maßnahmen zu seiner wirksamen Minimierung zu empfehlen.

³ ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 23.

- (4) Es ist sicherzustellen, dass Überwachungsorganisationen ihre Aufgaben in transparenter und unabhängiger Weise wahrnehmen, sich aus ihren Aufgaben ergebende Interessenkonflikte vermeiden und ihre Dienstleistungen erbringen, ohne Marktteilnehmer zu diskriminieren.
- (5) Über den Entzug der Anerkennung sollte die Kommission in einem gerechten, transparenten und unabhängigen Verfahren entscheiden. Vor ihrer Entscheidung sollte sie die betroffenen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten konsultieren und ausreichende Informationen, gegebenenfalls auch durch Besuche vor Ort, sammeln. Die betroffene Überwachungsorganisation sollte vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.
- (6) Nimmt eine Überwachungsorganisation ihre Aufgaben nicht mehr wahr oder genügt sie den Anforderungen des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 nicht länger, sollte die Kommission entsprechend dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit je nach der Schwere der festgestellten Mängel die Anerkennung entweder vorübergehend und/oder unter Auflagen für die Wiederanerkennung oder dauerhaft entziehen können.
- (7) Es ist sicherzustellen, dass das Schutzniveau natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten im Anwendungsbereich dieser Verordnung und insbesondere bei der Verarbeitung personenbezogener Daten in den Anträgen auf Anerkennung als Überwachungsorganisation den Anforderungen der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr⁴ und der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr⁵ entspricht –

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

Ergänzend zu den in Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 enthaltenen Begriffsbestimmungen bezeichnet im Sinne der vorliegenden Verordnung der Ausdruck

- (1) „betroffene zuständige Behörden“ die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, in denen eine Überwachungsorganisation oder ein Antragsteller, der als Überwachungsorganisation anerkannt werden will, rechtmäßig niedergelassen ist oder im Sinne der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁶ Dienstleistungen erbringt oder zu erbringen beabsichtigt;
- (2) „Befähigungsnachweise“ Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige von einer staatlichen, nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften des betreffenden Staates

⁴ ABl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31.

⁵ ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.

⁶ ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36.

benannten Behörde ausgestellte Nachweise, die den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung bescheinigen;

- (3) „Berufserfahrung“ die tatsächliche und rechtmäßige Ausübung des betreffenden Berufs.

Artikel 2

Antrag auf Anerkennung

1. Jeder in der Union rechtmäßig niedergelassene öffentliche oder private Rechtsträger, sei er ein Unternehmen, eine Körperschaft, eine Firma, ein Betrieb, eine Institution oder eine Behörde, kann bei der Kommission einen Antrag auf Anerkennung als Überwachungsorganisation stellen.

Der Rechtsträger reicht den Antrag zusammen mit den im Anhang aufgeführten Unterlagen in einer der Amtssprachen der Union ein.

2. Um als Überwachungsorganisation anerkannt zu werden, muss der Antragsteller nachweisen, dass er alle Anforderungen des Artikels 8 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 und der Artikel 5 bis 8 der vorliegenden Verordnung erfüllt.

3. Binnen 10 Arbeitstagen nach Erhalt bestätigt die Kommission den Antragseingang und teilt dem Antragsteller das Aktenzeichen mit.

Außerdem teilt sie dem Antragsteller eine Regelfrist mit, in der sie über den Antrag entscheiden wird. Jedes Mal, wenn die Kommission die Regelfrist ändert, weil sie für die Bewertung des Antrags weitere Informationen oder Unterlagen beschaffen muss, unterrichtet sie den Antragsteller.

4. Sind seit dem Antragseingang oder dem letzten Schreiben der Kommission an den Antragsteller, wobei jeweils der spätere Zeitpunkt maßgeblich ist, mehr als drei Monate verstrichen, und die Kommission hat weder eine Anerkennungsentscheidung getroffen noch den Antrag zurückgewiesen, unterrichtet sie den Antragsteller in Schriftform über die Fortschritte bei der Antragsbewertung.

Bei der Bearbeitung eines Antrags kann Unterabsatz 1 mehr als einmal Anwendung finden.

5. Die Kommission übermittelt eine Kopie des Antrags und der Antragsunterlagen den betroffenen zuständigen Behörden, die binnen einem Monat nach der Übermittlung zum Antrag Stellung nehmen können.

Artikel 3

Ergänzende Unterlagen und Zugang zu den Räumlichkeiten

1. Auf Verlangen der Kommission liefern der Antragsteller oder die betroffenen zuständigen Behörden binnen einer bestimmten Frist alle von der Kommission benötigten ergänzenden Informationen oder Unterlagen.

2. Der Antragsteller gewährt der Kommission Zugang zu seinen Räumlichkeiten, damit sie überprüfen kann, ob alle Anforderungen des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 und der Artikel 5 bis 8 erfüllt sind. Die Kommission unterrichtet den Antragsteller über einen Besuch im Voraus. Die betroffenen zuständigen Behörden können am Besuch teilnehmen.

Der Antragsteller leistet alle erforderliche Unterstützung, um solche Besuche zu erleichtern.

Artikel 4

Anerkennungsentscheidung

Hat die Kommission nach Artikel 8 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 entschieden, den Antragsteller anzuerkennen, unterrichtet sie ihn binnen 10 Arbeitstagen ab dem Datum dieser Entscheidung darüber.

Außerdem stellt die Kommission dem Antragsteller unverzüglich eine Bescheinigung über die Anerkennung aus und teilt ihre Entscheidung gemäß Artikel 8 Absatz 3 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten binnen der in Absatz 1 genannten Frist mit.

Artikel 5

Rechtsträger und rechtmäßige Niederlassung in der Union

1. Ist der Antragsteller in mehr als einem Mitgliedstaat rechtmäßig niedergelassen, übermittelt er Angaben über seinen eingetragenen Sitz, seine Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in der Union sowie über alle seine Geschäftsstellen, Zweigstellen oder Tochterunternehmen im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten. Außerdem teilt der Antragsteller mit, in welchen Mitgliedstaaten er Dienstleistungen zu erbringen beabsichtigt.
2. Ist der Antragsteller eine Behörde oder Teil einer Behörde eines Mitgliedstaates, muss er seine Rechtsträgerschaft und rechtmäßige Niederlassung in der Union nicht nachweisen.

Artikel 6

Erforderliches Fachwissen

1. Um zu gewährleisten, dass der Antragsteller die Aufgaben einer Überwachungsorganisation gemäß den Anforderungen des Artikels 8 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 ordnungsgemäß erfüllen kann, genügt dessen fachlich kompetentes Personal ausweislich seiner Befähigungsnachweise und Berufserfahrung folgenden Mindestanforderungen:
 - (a) formale Berufsausbildung in einem Gebiet, das für die Aufgaben einer Überwachungsorganisation sachdienlich ist;

- (b) bei leitenden fachlichen Positionen mindestens fünfjährige Berufserfahrung mit Aufgaben, die denen einer Überwachungsorganisation verwandt sind.

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 Buchstabe a gelten mit Forstwirtschaft, Umweltschutz, Rechtswissenschaften, Unternehmensmanagement, Risikomanagement, Handel, Buchprüfung, Finanzkontrolle oder Lieferkettenmanagement verwandte Gebiete als sachdienlich.

- 2. Der Antragsteller führt Aufzeichnungen, in denen er Aufgaben und Zuständigkeiten seines Personals dokumentiert. Der Antragsteller wendet Verfahren an, mit denen er die Leistungsfähigkeit und fachliche Kompetenz seines Personals überwacht.

Artikel 7

Kapazitäten für die Erfüllung der Aufgaben einer Überwachungsorganisation

- 1. Der Antragsteller weist nach, dass alle nachstehend aufgeführten Elemente verfügbar sind:
 - (a) eine Organisationsstruktur, die gewährleistet, dass die Aufgaben einer Überwachungsorganisation ordnungsgemäß erfüllt werden;
 - (b) eine Sorgfaltspflichtregelung, die den Marktteilnehmern zur Verfügung gestellt und von ihnen angewendet wird;
 - (c) Strategien und Verfahren, die es ermöglichen, die Sorgfaltspflichtregelung zu überprüfen und zu verbessern;
 - (d) Verfahren und Abläufe für die Überprüfung, dass die Marktteilnehmer die Sorgfaltspflichtregelung der Überwachungsorganisation ordnungsgemäß anwenden;
 - (e) Verfahren für zu ergreifende Abhilfemaßnahmen, wenn ein Marktteilnehmer die Sorgfaltspflichtregelung der Überwachungsorganisation nicht ordnungsgemäß anwendet.
- 2. Zusätzlich zu den Anforderungen aus Absatz 1 weist der Antragsteller nach, dass er über die finanzielle und fachliche Leistungsfähigkeit für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben einer Überwachungsorganisation verfügt.

Artikel 8

Nichtvorliegen von Interessenkonflikten

- 1. Der Antragsteller besitzt eine Organisationsstruktur, die die Objektivität und Unparteilichkeit seiner Tätigkeit schützt.
- 2. Der Antragsteller ermittelt und analysiert Risiken von Interessenkonflikten, die sich aus der Erfüllung seiner Aufgaben als Überwachungsorganisation ergeben, darunter auch Konflikte, die durch seine Beziehungen zu verwandten Einrichtungen oder zu Unterauftragnehmern entstehen, und führt Aufzeichnungen, um diese Risiken zu dokumentieren.

3. Wurde festgestellt, dass das Risiko eines Interessenkonflikts besteht, setzt der Antragsteller schriftlich verfügbare Strategien und Verfahren ein, um Interessenkonflikte auf Ebene der Organisation und des Einzelnen zu vermeiden. Die schriftlichen Strategien und Verfahren werden gepflegt und angewendet. Zu diesen Strategien und Verfahren können auch Prüfungen durch Dritte zählen.

Artikel 9

Unterrichtung über nachträgliche Veränderungen

1. Eine Überwachungsorganisation unterrichtet die Kommission unverzüglich, wenn nach ihrer Anerkennung eine der folgenden Situationen eintritt:
 - (a) eine Veränderung nach ihrer Anerkennung, die gegebenenfalls die Fähigkeit dieser Überwachungsorganisation beeinträchtigt, die Anforderungen der Artikel 5 bis 8 zu erfüllen;
 - (b) die Überwachungsorganisation gründet neben den im Antrag aufgeführten weitere Geschäftsstellen, Zweigstellen oder Tochterunternehmen in der Union;
 - (c) die Überwachungsorganisation beschließt, Dienstleistungen in anderen als den im Antrag aufgeführten Mitgliedstaaten oder in einem Mitgliedstaat zu erbringen, für den sie gemäß Buchstabe d erklärt hat, die Erbringung von Dienstleistungen dort beendet zu haben;
 - (d) die Überwachungsorganisation beendet die Erbringung von Dienstleistungen in einem Mitgliedstaat.
2. Die Kommission übermittelt alle nach Absatz 1 erhaltenen Informationen den betroffenen zuständigen Behörden.

Artikel 10

Überprüfung der Anerkennungsentscheidung

1. Die Kommission kann eine Entscheidung über die Anerkennung einer Überwachungsorganisation jederzeit überprüfen.

Die Kommission führt eine solche Überprüfung durch, wenn eine der folgenden Situationen eintritt:

- (a) eine betroffene zuständige Behörde unterrichtet die Kommission, dass die Überwachungsorganisation nach ihrer Feststellung die in Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 festgelegten Aufgaben nicht mehr wahrnimmt oder die in Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 festgelegten Anforderungen gemäß den Artikeln 5 bis 8 der vorliegenden Verordnung nicht länger erfüllt;
- (b) der Kommission liegen einschlägige Informationen einschließlich begründeter Bedenken Dritter vor, nach denen eine Überwachungsorganisation die in Artikel 8 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 sowie die in den

Artikeln 5 bis 8 der vorliegenden Verordnung festgelegten Anforderungen nicht länger erfüllt;

(c) eine Überwachungsorganisation hat die Kommission über Veränderungen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a dieser Verordnung unterrichtet.

2. Leitet die Kommission eine Überprüfung ein, wird sie von einem Überprüfungsteam unterstützt, das die Überprüfung leitet und Kontrollen durchführt.

3. Der Antragsteller gewährt dem Überprüfungsteam Zugang zu seinen Räumlichkeiten, damit es kontrollieren kann, ob alle Anforderungen des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 und der Artikel 5 bis 8 der vorliegenden Verordnung erfüllt sind. Die betroffenen zuständigen Behörden können am Besuch teilnehmen.

Der Antragsteller leistet alle erforderliche Unterstützung, um solche Besuche zu erleichtern.

4. Das Überprüfungsteam verfasst einen Bericht über seine Ergebnisse. Sachdienliche Beweise werden dem Überprüfungsbericht als Anhang beigelegt.

Der Überprüfungsbericht enthält eine Empfehlung, ob die Anerkennung als Überwachungsorganisation entzogen werden sollte.

Das Überprüfungsteam übermittelt den Überprüfungsbericht den betroffenen zuständigen Behörden. Diese Behörden können binnen drei Wochen nach Übermittlung des Berichts dazu Stellung nehmen.

Das Überprüfungsteam übermittelt der betroffenen Überwachungsorganisation eine Zusammenfassung seiner Ergebnisse und die Schlussfolgerungen des Berichts. Die Organisation kann binnen drei Wochen nach Übermittlung der Zusammenfassung gegenüber dem Überprüfungsteam Stellung nehmen.

5. Stellt das Überprüfungsteam fest, dass eine Überwachungsorganisation ihre Aufgaben nicht mehr wahrnimmt oder den Anforderungen des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 nicht länger genügt, empfiehlt es in seinem Überprüfungsbericht je nach der Schwere der festgestellten Mängel, die Anerkennung entweder vorübergehend und/oder unter Auflagen für die Wiederanerkennung oder dauerhaft zu entziehen.

Das Überprüfungsteam kann stattdessen auch empfehlen, dass die Kommission Abhilfemaßnahmen vorschreibt, eine offizielle Mahnung ausspricht oder keine weiteren Maßnahmen ergreift.

Artikel 11

Entscheidung über den Entzug der Anerkennung

1. Die Kommission entscheidet unter Berücksichtigung des in Artikel 10 genannten Überprüfungsberichts, ob sie die Anerkennung einer Überwachungsorganisation entweder vorübergehend und/oder unter Auflagen für die Wiederanerkennung oder dauerhaft entzieht.

2. Die Kommission kann Abhilfemaßnahmen vorschreiben oder eine offizielle Mahnung aussprechen, wenn die Schwere der festgestellten Mängel nicht gemäß Artikel 8 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 zu der Feststellung führt, dass die Überwachungsorganisation ihre Aufgaben nicht mehr wahrnimmt oder den Anforderungen des Artikels 8 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 nicht länger genügt.
3. Eine Entscheidung, die Anerkennung einer Überwachungsorganisation zu entziehen oder gemäß Absatz 2 Abhilfemaßnahmen vorzuschreiben oder eine offizielle Mahnung auszusprechen, wird der betroffenen Überwachungsorganisation und den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten gemäß Artikel 8 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 binnen 10 Arbeitstagen ab dem Datum dieser Entscheidung mitgeteilt.

Artikel 12

Datenschutz

Diese Verordnung berührt die in der Richtlinie 95/46/EG und in der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 festgelegten Regelungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten in keiner Weise.

Artikel 13

Schlussbestimmungen

Diese delegierte Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 23.2.2012

Für die Kommission
Der Präsident
José Manuel BARROSO

ANHANG

Verzeichnis der Antragsunterlagen

Rechtsträger, rechtmäßige Niederlassung und Erbringen von Dienstleistungen:

- beglaubigte Kopien der in den einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen Nachweise;
- Verzeichnis der Mitgliedstaaten, in denen der Antragsteller Dienstleistungen zu erbringen beabsichtigt.

Erforderliches Fachwissen:

- Beschreibung der Organisation und Struktur des Rechtsträgers;
- Verzeichnis des fachlich kompetenten Personals mit Kopien der Lebensläufe;
- Beschreibung der Aufgaben und Zuständigkeiten und ihrer Aufteilung;
- ausführliche Beschreibung der Verfahren für die Überwachung von Leistungsfähigkeit und Kompetenzen des fachlich kompetenten Personals.

Kapazitäten für die Erfüllung der Aufgaben einer Überwachungsorganisation:

- Ausführliche Beschreibung der folgenden Elemente:
 - Sorgfaltspflichtregelung;
 - Strategien und Verfahren für die Überprüfung und Verbesserung der Sorgfaltspflichtregelung;
 - Strategien und Verfahren für den Umgang mit Beschwerden von Marktteilnehmern oder Dritten;
 - Verfahren und Abläufe für die Überprüfung, ob die Sorgfaltspflichtregelung von den Marktteilnehmern ordnungsgemäß angewendet wird;
 - Verfahren für zu ergreifende Abhilfemaßnahmen, wenn ein Marktteilnehmer die Sorgfaltspflichtregelung nicht ordnungsgemäß anwendet;
 - System der Aufzeichnungsführung.

Finanzielle Leistungsfähigkeit:

- Kopie des Jahresabschlusses für das letzte Geschäftsjahr oder
- Umsatzerklärung oder
- sonstige Nachweise, wenn der Antragsteller die zuvor genannten aus berechtigten Gründen nicht beibringen kann;
- Nachweis einer Haftpflichtversicherung.

Nichtvorliegen von Interessenkonflikten:

- Erklärung zum Nichtvorliegen von Interessenkonflikten;
- Beschreibung der schriftlichen Strategien und Verfahren zur Vermeidung von Interessenkonflikten auf Ebene der Organisation und des Einzelnen, gegebenenfalls auch durch Prüfungen Dritter.

Unterauftragsvergabe:

- Beschreibung der an Unterauftragnehmer vergebenen Aufgaben;
- Nachweise, dass alle Unterauftragnehmer oder gegebenenfalls gegründete Tochterunternehmen die oben beschriebenen einschlägigen Anforderungen erfüllen.